

Zu meiner Person

Geboren und aufgewachsen bin ich in einer Kleinstadt in der Nähe von Wuppertal in Nordrhein-Westfalen. Dort machte ich nach dem Fachabitur eine Ausbildung zur Krankenschwester und arbeitete einige Jahre in der Psychiatrie und in der häuslichen Krankenpflege. 1986 zog ich der Liebe wegen nach Bremen, wo ich an der Hochschule Sozialarbeit/Sozialpädagogik studiert habe. Inzwischen bin ich 52 Jahre alt. Seit 1992 arbeite ich in unterschiedlichen Bereichen der Drogenhilfe als Sozialarbeiterin, seit 2005 auch als Betriebsrätin, meistens in vorsitzender Funktion. Ich bin Mitglied der GEW und seit der Gründung der LINKEN aus WASG und DIE LINKE.PDS die Sprecherin des Bremer Landesverbandes.

Neben Gesundheits- und Sozialpolitik liegt mein Schwerpunkt auch im Bereich Inneres und Justiz. Die drastische Umverteilung von unten nach oben hat ihre Spuren in allen relevanten Lebensbereichen hinterlassen. Statt Armutsbekämpfung findet heute eine Bekämpfung der Armen statt. Dies möchte ich im Parlament sichtbar machen.

Liebe Bremerinnen und Bremer,

wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! Wir haben eine solidarische Verteilung verdient, denn Menschen sind nicht als Kostenfaktoren zu betrachten und zu behandeln. Veränderungen werden wir aber nur gemeinsam durch breite und lebendige Bündnisse erreichen und dafür möchte ich mich einsetzen. Auch wenn viele von Ihnen die Hoffnung auf politische Veränderung und eine gerechtere Gesellschaft schon aufgegeben haben – gehen Sie wählen. Geben Sie uns und sich eine Chance, bessere Lebensbedingungen in Bremen zu erstreiten und der sozialen Spaltung der Stadt entgegen zu wirken.

Deshalb möchte ich um Ihre Stimmen für DIE LINKE werben.



Cornelia Barth
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
cornelia.barth@dielinke-bremen.de



**Cornelia Barth:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Eine Politik, die soziale Sicherheit und den Menschen Perspektiven bietet, ist die wirksamste Methode, Kriminalität einzudämmen. Diese Präventionsstrategie muss Bremen weit mehr als bisher beherzigen.

Das Handlungskonzept »Stopp der Jugendgewalt« löst keine Probleme, sondern verstärkt Vorurteile. Die Annahme, von Jugendlichen verübte Straftaten seien der Beginn lebenslanger krimineller Karrieren, führt zu unzulässigen Festschreibungen. Polizei und Justiz nehmen in diesem Konzept eine Vorreiterrolle ein, der sich Soziales und Bildung unterordnen. Mit diesem Handlungskonzept ist es zu einer grundsätzlichen Verschiebung gekommen – vom Anspruch auf eine positive Entwicklung der jungen Menschen zu einer Jugendhilfe, die nicht der Jugend hilft, sondern vor der Jugend »schützen« soll.

Die Polizei darf nicht in die Rolle kommen, die Versäumnisse der Politik repressiv gegenüber der Bevölkerung ausgleichen zu müssen. Wir wollen in Bremen eine verbesserte demokratische Kontrolle und eine weitgehende Öffnung des Polizeiapparates realisieren. Deshalb fordern wir die Einführung

der individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizisten und Polizistinnen. Auch fordern wir die Einrichtung eines unabhängigen, von der Bürgerschaft zu wählenden Polizeibeauftragten.

Die Innenpolitik darf nicht zur Vertreibung unerwünschter Gruppen wie Suchtkranker und Obdachloser aus dem Stadtbild missbraucht werden. Platzverweise für Obdachlose und Junkies lehnen wir ab. Es ist unsere feste Überzeugung, dass der öffentliche Raum allen gehört – nicht nur den Touristen und Touristinnen, den Geschäftsleuten und deren Kunden und Kundinnen.

Insbesondere die Sozialgerichte sind aufgrund unzähliger rechtswidriger Bescheide der BAGlS überlastet und die lange Verfahrensdauer führt immer wieder zu akuten Notlagen. Um überhaupt allen Menschen den Zugang zu einer gerichtlichen Überprüfung zu ermöglichen, sind die kostenlosen Beratungsangebote bei den freien Trägern zu erweitern, beziehungsweise um bislang fehlende Rechtsgebiete zu ergänzen.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Armutsbekämpfung finanzieren, soziale Spaltung stoppen! Auf Landesebene: Ausbau der Stadtteilfeörderung, Zwangssanierung oder Enteignung

von Schrottimmobilien, Aufkaufen unverantwortlicher Wohnungsgesellschaften. Bezahlbares Sozialticket für den VBN. Bezahlbarer Wohnraum für alle in allen Stadtteilen.

2. Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen! Stadtteilbezogene Mittel für die Jugendarbeit und Freizeitheime erhöhen. Ausreichende Personalversorgung sicherstellen. Für den Ausbau von selbstverwalteten Jugendfreizeitheimen. Mehr kostenlose kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche. Stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen.

3. Solidarische Gesellschaft statt Rassismus und Ausgrenzung! Auf Landesebene: Feste Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem in Bildung und Verwaltung. Interkulturelle Fähigkeiten als hartes Einstellungskriterium. Stopp von Abschiebungen, Kettenduldungen und Arbeitsverboten, langfristige Aufenthaltsrechte sichern. Rote Karte gegen Rechts, den Nazis »keinen Meter«.

